

## Schlussfolgerungen aus der Forsa-Umfrage zu den Grünen in Berlin

1. Vorbemerkung .....	1
2. Datenlage/Fragestellung .....	1
3. Die PDS in der forsä-Umfrage.....	2
3.1. Wählerpotenzial .....	2
3.2. Zweitpräferenzen der Grünen Anhänger .....	3
3.3. Warum werden die Grünen nicht gewählt? .....	3
3.4. Bewertung der Arbeit der Abgeordnetenhausfraktionen .....	4
3.5. Koalitionspräferenzen.....	4
3.6. ‚Idealisierung‘ der Grünen durch die PDS-AnhängerInnen .....	5
3.7. Schlussfolgerungen für die PDS-Berlin.....	7
4. Soziale Gerechtigkeitspolitik, kulturelle Modernisierung, ökonomische Stabilität .....	8
4.1. Kulturelle Mehrheit .....	10
4.2. Soziale Gerechtigkeits- und ökonomische Mehrheit .....	11
4.3. Was die PDS-Berlin von der „Brigade Erhard“ lernen könnte .....	12
Literatur:.....	13

### 1. Vorbemerkung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zu ihrer Fraktionsklausur im August diesen Jahres eine Umfrage bei forsä – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen GmbH über „Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Fraktion der Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin“ in Auftrag gegeben. Aus der mir vorliegenden Langfassung dieser Studie werde ich im folgenden einige Schlussfolgerungen für die PDS ableiten.

Diese Schlussfolgerungen betreffen zum einen die PDS-relevanten Ergebnisse der Umfrage als auch den, die PDS-Berlin seit langem umtreibenden Sachverhalt der Thematisierung „sozialer Gerechtigkeit“. Ohne groß auf den Diskurs über Verteilungsgerechtigkeit einzugehen, werde ich dazu kommen, dass die Thematisierung von Verteilungsgerechtigkeit zwangsläufig mit ökonomischer Kompetenz verbunden werden muss. Dies ist nicht überraschend, denn darauf hat sich die Berliner PDS bereits verstandesmäßig und politisch normativ verständigt. Jedoch nicht selten mit dem Gefühl, diese Entscheidung gegen einen relevanten Teil der Bevölkerung, mit Sicherheit jedoch gegen die eigene Mitgliedschaft bzw. Anhängerschaft getroffen zu haben. In dieser Hinsicht, ergeben sich aus der Studie und vergleichbaren Analysen jedoch beachtliche Ergebnisse.

### 2. Datenlage/Fragestellung

Grundlage des ersten Teils der nachfolgenden Darstellung ist wie bereits dargestellt, die Langfassung der Forsä-Umfrage zur grünen Abgeordnetenhausfraktion. Diese Analyse des Forsä-Instituts „hatte zum Ziel zu ermitteln, wie die Arbeit der Fraktion der Grünen im Abgeordnetenhaus von den Berlin von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt wahrgenommen und bewertet wird“ (forsä, 2003: 1). Um diese Analyse erstellen zu können, hatte forsä im Vorfeld der Analyse eine Erhebung in Form einer repräsentativen Befragung durchgeführt. Im Juni 2003 wurden 1.002 repräsentativ ausgewählte Berliner Wahlberechtigte befragt. „Um für die Anhänger der Grünen eine ausreichende Basis für die Analyse zu erhalten, wurden zusätzlich 369 Anhänger der Grünen befragt“. Auf diese im Anhang der Untersuchung dokumentierten Ergebnisse bezieht sich die hier nun vorliegende Betrachtung. Da die Daten bereits durch forsä bearbeitet wurden, steht der eigenen Auswertung ein stark eingeschränkter Spielraum zur Verfügung. Im Kern war es nur möglich, aus den forsä-Ergebnissen die

hier interessierenden Daten herauszufiltern und daraus Schlussfolgerungen für die PDS in Berlin zu ziehen.

Dabei stehen im Wesentlichen folgende Aspekte im Mittelpunkt:

- 1) Wenn auch nicht in der Mitgliedschaft, so besteht doch in der Wählerschaft ein nicht unerhebliches Überschneidungspotenzial bei PDS und Grünen, insbesondere bei den JungwählerInnen. Aus diesem Grunde könnte es von Relevanz sein, wie die PDS-Anhänger die Grünen bewerten, um daraus Schlussfolgerungen für die PDS-Performance zu ziehen.
- 2) Ebenfalls von erheblichem Interesse ist, wie die Grünen von OstberlinerInnen wahrgenommen werden, da die PDS dort die meisten Stimmen realisiert. Zugleich stellen wir fest, dass die Grünen von den BVV-Wahlen bis zu den Bundestagswahlen aufsteigende Ergebnisse in Ostberlin realisieren können, weshalb es von Bedeutung ist, wie immerhin rd. 5% Ostberliner WählerInnen, die die Grünen wählen, diese Partei wahrnehmen in einer Zeit, in der die PDS Regierungsverantwortung hat.
- 3) PDS und Grüne setzen in ihrer Politik unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte, werden aber auch – unabhängig von ihrer realen Schwerpunktsetzung, mit Themen identifiziert. Selbst wenn sie keine Umweltpolitik mehr machen würden, würden sie doch – zumindest für einen beschränkten Zeitraum – weiterhin als Ökopartei klassifiziert und ihr auf diesem Gebiet Kompetenzen zugesprochen. Dies hängt natürlich auch mit überlagerten bundespolitischen Wahrnehmungen zusammen (Bundesminister Trittin = Dosenpfand etc.). Diese Themensetzung muss jedoch nicht automatisch mit den thematischen Bedürfnissen der BürgerInnen zusammenfallen, weshalb geprüft werden soll, welche Themen interessieren und was dies für politische Strategien (Soziale Gerechtigkeit) bedeutet.

### 3. Die PDS in der forsa-Umfrage

Das Verhältnis der PDS-Anhänger zu den Grünen lässt sich zusammengefasst mit dem Bild einer einseitigen, romantisch verklärten Liebe umschreiben. Die PDS-Anhänger

- betrachten die Grünen intensiver als jede andere Partei neben der PDS,
- sind geneigt sie zu wählen bzw. haben bereits Grüne gewählt und
- können sich in relevantem Maße eine grüne Beteiligung an einer SPD-PDS-Regierung vorstellen.

Umgekehrt gelingt es der PDS in keiner Weise, eine ähnliche Aufmerksamkeit bei den grünen WählerInnen zu erreichen. Dort ist sie eher das kleinere Übel.

#### 3.1. Wählerpotenzial

Die Grünen haben 30% der befragten PDS-Anhänger bereits gewählt und 23% könnten sich vorstellen, bei den kommenden Wahlen die Grünen zu wählen. Diese Werte werden nur von der SPD übertroffen, bei denen 42% der Anhänger bereits einmal grün wählten und 50% möglicherweise 2006 ihre Stimme den Grünen setzen würden.

Tab. 1 Wählerpotenzial der Grünen in Berlin

	Es haben schon einmal die Grünen gewählt (in %)	Es können sich vorstellen bei der nächsten Abgeordnetenhauswahl die Grünen zu wählen (in %)
Insgesamt	26	35
Ost-Teil	20	30
West-Teil	31	38
Männer	24	31
Frauen	28	38
Anhänger der		
SPD	42	50
<b>PDS</b>	<b>30</b>	<b>23</b>
CDU	14	27
FDP	21	25

Wenn wir davon ausgehen, dass Ostberlin auch weiterhin den größte Wählerpotenzial bildet, dann ist von Bedeutung, dass im Unterschied zu unseren eigenen Anhängern, aber bei geringen grünen Wahlergebnissen in Ostberlin (1999: 6,4%; 2001: 5,9%), 20% der Befragten grün schon einmal wählten und 30% sich dies vorstellen könnten (Tab. 1).

### 3.2. Zweitpräferenzen der Grünen Anhänger

Würden jedoch umgekehrt die Grünen bei den kommenden Wahlen nicht zur Verfügung stehen, dann würden die Grünen Anhänger zu 54% ihr Kreuz bei der SPD und erst an zweiter Stelle mit großem Abstand zu 18% die PDS wählen. Bevor die Grünen-Anhänger jedoch eine sonstige Partei (9%) oder liberal-konservativ wählten (5%), würden sie zu 11% nicht wählen gehen (Tab. 2).

Tab. 2 Zweitpräferenzen der Anhänger der Grünen

Falls die Grünen nicht zur Wahl stünden, würden bei einer Abgeordnetenhauswahl wählen:	(in %)
SPD	54
<b>PDS</b>	<b>18</b>
CDU	1
FDP	4
Sonstige Partei	9
Nicht wählen	11
unentschlossen	3

### 3.3. Warum werden die Grünen nicht gewählt?

Sieht man sich die Antwortwerte bei dieser Frage an, lässt sich für die PDS positiv vermerken, dass sie über ein stabileres Stammwählerpotenzial als die anderen Parteien verfügt. Denn auf die Frage warum die Anhänger anderer Parteien die Grünen nicht wählen würden, erklärten 46% der PDS-Anhänger, dass sie eine andere politische Einstellung hätten bzw. traditionelle Wähler einer anderen Partei seien. Mit einem Abstand von 18% folgt die CDU, bei der nur 28% den gleichen Grund angaben (Tab. 3).

Tab. 3 Warum werden die Grünen nicht gewählt?

	Insgesamt (in %)	Anhänger der (in %)			
		SPD	<b>PDS</b>	CDU	FDP
Mit Politik und Programm nicht einverstanden	24	23	<b>4</b>	25	46
Andere politische Einstellung, traditionelle Wähler anderer Parteien	23	21	<b>46</b>	28	7
„zu schwach“, „reden nur“	21	21	<b>12</b>	26	22
Weltfremd, den Problemen der Menschen entfremdet	9	9	<b>7</b>	10	8
Haben sich von ihren alten Werten, Idealen verabschiedet	4	1	<b>18</b>	4	6
Keine Persönlichkeiten	3	4	<b>0</b>	4	0

### 3.4. Bewertung der Arbeit der Abgeordnetenhausfraktionen

Diese Daten spiegeln sich in der Bewertung der Arbeit der Berliner Fraktionen durch die jeweiligen Parteianhänger wieder. Während die PDS-Anhänger ihre eigene Fraktion anhand einer Skala von +5 bis -5 mit 1.5 bewerteten und den Grünen einen Wert von 0.4 zubilligten, urteilten die Grünen-Anhänger mit 1.9 für ihre eigene Partei aber mit nur -0.6 über die PDS. In diesem Zusammenhang ist bedenkenswert, dass die PDS durch die SPD-AnhängerInnen besser bewertet wird als von den AnhängerInnen jeder anderen Partei und immerhin bei dieser Gruppe das selbe Resultat erhält wie in Ost-Berlin und dieses Ergebnis 1.3 Punkte besser liegt als in West-Berlin. Bezieht man die vorhergehenden Daten aus 3.3. mit ein, dann ergibt sich hier möglicherweise ein zu gewinnendes Wechselwählerpotenzial. Dazu wäre jedoch eine gesonderte Untersuchung notwendig, die nicht mit den vorliegenden Daten gewährleistet werden kann.

Äußerst bedenklich, auch bezogen auf unsere Ressortwahrnehmung im Senat, ist die geschlechtsspezifische Differenz bei der Fraktionsbewertung. Die Grünen und die SPD erhalten von den Frauen jeweils positive Werte, die PDS jedoch das schlechteste Ergebnis von allen Parteien. Während die Differenz zwischen dem besten Fraktionsergebnis und dem PDS-Ergebnis bei den Männern -0.8 beträgt, liegt bei den Frauen eine Differenz von -1.3.

Tab. 4 Bewertung der Arbeit der Abgeordnetenhausfraktionen

Bewertung der Fraktionsarbeit anhand einer Skala von +5 bis -5					
	Grünen	SPD	<b>PDS</b>	CDU	FDP
Insgesamt	0.2	0.0	<b>-0.9</b>	-0.6	-0.8
Ost-Teil	0.2	0.2	<b>-0.1</b>	-0.9	-1.0
West-Teil	0.2	-0.1	<b>-1.4</b>	-0.5	-0.7
Männer	-0.1	-0.1	<b>-0.9</b>	-0.8	-0.9
Frauen	0.5	0.2	<b>-0.8</b>	-0.5	-0.7
Anhänger der					
Grünen	1.9	0.5	<b>-0.6</b>	-2.0	-1.8
SPD	0.7	2.0	<b>-0.1</b>	-0.8	-0.9
<b>PDS</b>	<b>0.4</b>	<b>0.3</b>	<b>1.5</b>	<b>-1.9</b>	<b>-1.6</b>
CDU	-0.9	-1.3	<b>-2.4</b>	1.4	-0.1
FDP	-0.7	-1.0	<b>-2.0</b>	-1.1	0.5

### 3.5. Koalitionspräferenzen

Aus den vorstehenden Daten lässt sich leicht nachvollziehen, dass die Grünen-AnhängerInnen zu 44% eine rot-grüne Landesregierung für geeignet halten, die Probleme Berlins am ehesten zu lösen. Da diese Gruppe aber die PDS – wenn auch mit deutlichem Abstand hinter der SPD – der CDU und FDP vorziehen, folgt auf Platz 2 ein rot-rot-grünes Bündnis mit 18% vor einer SPD-geführten Großen Koalition (SPD/CDU), die 7% der Grünen-AnhängerInnen für geeignet halten. PDS und Grüne in einer Landesregierung werden von 5% dieser Gruppe präferiert. Bedauerlicherweise lässt sich aus den Daten nicht ablesen, welche Erwägungen diesem Antwortwert zugrunde gelegt wurden. Es spricht viel dafür, dass dieser Wert vor allem durch die Unwahrscheinlichkeit einer solchen Konstellation als realistischem Mehrheitsbündnis geprägt wurde (Tab. 5). Interessanterweise erhält aber selbst diese Konstellation bei den Grünen-AnhängerInnen noch 4 Punkte mehr als das derzeit immerhin amtierende Regierungsbündnis aus SPD und PDS. Es wäre durchaus spannend herauszufinden, ob diese 4 Punkte Unterschied auf den Eintritt der Grünen in eine solche Konstellation zurückzuführen wären, oder welche anderen Beweggründe für eine solche Entscheidung maßgebend sind.

**Tab. 5 Koalitionspräferenzen**

Die Probleme in Berlin könnten am ehesten lösen	insgesamt (in %)	Anhänger der Grünen (in%)
SPD-Alleinregierung	3	2
SPD und Grüne	18	44
<b>SPD und PDS</b>	<b>8</b>	<b>1</b>
SPD und FDP	3	1
SPD, FDP und Grüne	2	4
<b>SPD, PDS und Grüne</b>	<b>8</b>	<b>19</b>
SPD und CDU unter Führung der SPD	8	7
SPD und CDU unter Führung der CDU	11	0
CDU und Grüne	5	3
CDU und FDP	9	0
CDU, FDP und Grüne	1	0
CDU-Alleinregierung	4	0
<b>PDS und Grüne</b>	<b>1</b>	<b>5</b>

Betrachtet man die Koalitionspräferenzen der befragten BerlinerInnen, dann ist folgende Reihenfolge von Koalitionen, denen eine Lösung der Berliner Probleme zugetraut wird, festzustellen:

1. Rot-Grün = 18%
2. Schwarz-Rot unter CDU-Führung = 11%
3. Schwarz-Gelb = 9%
4. Rot-Rot sowie Rot-Rot-Grün sowie Schwarz-Rot unter Führung der SPD = jeweils 8%.

Die gescheiterten Verhandlungen über eine Ampelkoalition haben offensichtlich immer noch Wirkung hinterlassen, denn nur 2% der Befragten BerlinerInnen können sich diese Konstellation als Problemlöser vorstellen.

Da sich aus der forsa-Umfrage nicht ergibt, ob bei diesen Antworten Mehrfachnennungen möglich waren, lassen sich aus diesen Ergebnissen keine weitergehenden Schlussfolgerungen ableiten.

### 3.6. ‚Idealisierung‘ der Grünen durch die PDS-AnhängerInnen

Es wurde einleitend formuliert, dass die PDS-AnhängerInnen eine idealisierte Betrachtungsweise der Grünen haben. Diese These soll nun stärker begründet werden.

**Tab. 6 Wahrnehmung und Art der Information über die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus (in %)**

	Es haben in der letzten Zeit etwas über die Arbeit der grünen Fraktion gehört oder gelesen.	Wenn man etwas über die Arbeit der Grünen erfährt, dann sind das Informationen über		
		Sachfragen	Äußerungen von politischen Akteuren	Beides gleich* häufig
Insgesamt	41	34	35	17
Ost-Teil	40	34	34	19
West-Teil	41	33	36	16
Anhänger der				
Grünen	57	42	34	20
SPD	35	37	39	14
<b>PDS</b>	<b>52</b>	<b>27</b>	<b>37</b>	<b>6</b>
CDU	40	31	40	18
FDP	43	39	40	18
Unentschlossene**		29	31	21

\* An 100 v.H. fehlende Angaben= „erfahre nichts über die Grünen“ bzw. „weiß nicht“.

\*\* Diese Gruppe wurde nur bei der Frage nach der Art der Information gebildet.

Wie aus der Tabelle 6 abgelesen werden kann, interessieren sich die PDS-AnhängerInnen im Vergleich zu den AnhängerInnen anderer Parteien überdurchschnittlich für die Arbeit der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus. Sie liegen mit 52% nur knapp hinter dem Informationsgrad der Grünen-AnhängerInnen (57%). Angesichts dieses hohen Interesses ist es jedoch erstaunlich, dass die Äußerungen zu Sachfragen bzw. die Äußerungen politischer Akteure für die PDS-AnhängerInnen eher zweitrangig zu sein scheinen. Denn die PDS-Anhänger liegen bei dieser Frage nicht nur hinter allen anderen Parteien, sondern sogar hinter den Unentschlossenen.

Dies könnte bedeuten, dass die PDS-AnhängerInnen eine gefilterte Wahrnehmung und einen eher normativ geprägten Blick auf die Grünen haben. Wichtig ist, dass sie etwas sagen, nicht jedoch was sie zu sagen haben.

Ein weiterer Wert aus der oben dargelegten Frage, warum die Grünen nicht gewählt werden (Tab. 3), stärkt die Annahme: 18% der PDS-Anhänger sehen von einer grünen Stimme ab, weil diese sich von ihren alten Werten und Idealen verabschiedet haben, zugleich sind nur 4% der PDS-Anhänger mit Politik und Programm der Grünen nicht einverstanden.

Dazu passt, dass die PDS-Anhänger im Unterschied zu den Anhängern anderer Parteien am stärksten die Auffassung vertreten, dass sich die Arbeit der Grünen in Berlin von denen der Bundespartei stark (46%) unterscheidet. Bezieht man ein, dass die PDS-Anhänger sich für die Grüne Sachpolitik nicht so stark interessieren, ist die Feststellung des Unterschiedes ggf. eher normativ als sachlich begründet.

**Tab. 7 Unterschiede zwischen den Grünen auf Landes- und Bundesebene (in %)**

	Die Arbeit der Grünen in Berlin und auf Bundesebene unterscheidet sich		
	Stark	Weniger stark	Gar nicht*
Insgesamt	31	44	10
Ost-Teil	31	38	11
West-Teil	31	47	10
Anhänger der			
Grünen	30	51	7
SPD	37	47	6
<b>PDS</b>	<b>46</b>	<b>30</b>	<b>12</b>
CDU	27	51	14
FDP	34	43	8

\*An 100% fehlende Angaben="weiß nicht"

Es überrascht nicht, dass die PDS-Anhänger ihrem normativen Verhältnis zu den Grünen auch bei einer Bewertung einer möglichen CDU-Grünen-Koalition Ausdruck verliehen. Mit 84% Ablehnung liegen die PDS-Anhänger noch 11% vor den Grünen, die eine solche Konstellation mit 73% ablehnten. Dass die SPD-Anhänger zu 72% ablehnten, kann sicherlich sowohl mit politisch-normativer Sicht auf die Partei aber wesentlich auch mit der Furcht vor dem Verlust strategischer Beweglichkeit der SPD erklärt werden.

**Tab. 8 Meinungen zu einer Koalition zwischen CDU und Grünen (in %)**

	Eine Koalition zwischen CDU und Grünen in Berlin würden	
	Begrüßen	Ablehnen*
Insgesamt	35	57
Ost-Teil	24	67
West-Teil	43	50
Anhänger der		
Grünen	24	73
SPD	22	72
<b>PDS</b>	<b>11</b>	<b>84</b>
CDU	61	34
FDP	57	32

\*An 100% fehlende Angaben="weiß nicht"

### 3.7. Schlussfolgerungen für die PDS-Berlin

Die forsa-Umfrage zeigt für die PDS insofern ermutigende Ergebnisse, als darin deutlich wurde, dass die PDS-AnhängerInnen

- sich am stärksten für Politik interessieren
- am stärksten auf ihre Partei als WählerInnen festgelegt sind
- sich von allen Befragten als am meisten links einschätzen und die PDS noch ein Stück mehr links als ihren eigenen politischen Standpunkt bewerten.

Darüber hinaus schätzen sich die Ost-BerlinerInnen deutlich linker als die West-BerlinerInnen ein.

Aus der Bewertung der Grünen durch die PDS-Klientel lässt sich eine einseitige Zuneigung der PDS-AnhängerInnen in Richtung Grüne konstatieren, die jedoch andererseits nicht unbedingt wahlwirksam wird, da die PDS-WählerInnen am stärksten der eigenen Partei verhaftet sind. Die ‚Idealisierung‘ der Grünen ist insofern als ein Ruf nach mehr Oppositionsprofil interpretierbar und deckt sich mit dem immer wieder geäußerten Vorwurf an die Berliner PDS, diese sei in der Koalition nicht ausreichend zu erkennen. In der politischen Arbeit müsste, will man diese Daten als Signal verstehen, auf eine stärkere Erkennbarkeit „Bissfestigkeit“ hingearbeitet werden. Im Bundestagswahlkampf 2002 setzten die Grünen auf das Kampagnenmotto „Grün wirkt“, das aus der Überlegung entstand: Warum soll man eigentlich die Grünen (noch einmal) wählen? Die Antwort lautete eben „Grün wirkt“ und zwar:

- *politisch*: auf den verschiedenen Feldern und in der Koalition als Reformmotor;
- *gesellschaftlich*: in die verschiedenen (nicht nur grün-affinen) Schichten, der Bevölkerung hinein;
- *zeitlich*: in der Vergangenheit, in der Gegenwart, für und in der Zukunft. (Stettner, 2003: 56)

In dieser Richtung die Öffentlichkeitsarbeit und das Themenmanagement der PDS-Berlin zu profilieren und bei den Multiplikatoren einen Bewusstseinswandel zu erzeugen, könnte eine adäquate Antwort auf die Ergebnisse dieser Untersuchung sein.

**Tab. 9 Interesse an Politik und politische Positionierung**

	Es interessieren sich für Politik (in %)			Politische Positionierung: Links/Rechts*					
	Stark	Mittel	Gering	Selbsteinschätzung	Grünen	SPD	<b>PDS</b>	CDU	FDP
Insgesamt	41	41	18	4.4	3.8	4.3	<b>3.0</b>	6.5	5.8
Ost-Teil	44	41	15	3.9	4.0	4.4	<b>2.8</b>	6.6	6.0
West-Teil	39	41	20	4.7	3.7	4.3	<b>3.2</b>	6.4	5.6
Anhänger der									
Grünen	51	38	11	3.5	3.5	4.6	<b>2.8</b>	7.2	6.6
SPD	40	43	17	4.3	3.7	4.1	<b>3.0</b>	6.6	5.9
<b>PDS</b>	<b>55</b>	<b>33</b>	<b>12</b>	<b>2.9</b>	<b>4.3</b>	<b>4.5</b>	<b>2.7</b>	<b>7.3</b>	<b>6.4</b>
CDU	34	49	17	5.6	3.7	3.9	<b>3.0</b>	5.8	5.3
FDP	58	34	8	5.2	3.8	4.4	<b>2.7</b>	6.0	5.8

\*Einschätzung auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 „links“ und 10 „rechts“ bedeutet

Intensiver diskutiert werden sollte die positive Bewertung der PDS-Fraktion durch die SPD-AnhängerInnen (Tab. 4). Natürlich muss davon ausgegangen werden, dass die SPD-Klientel bei der Bewertung der PDS positiv die Regierungsbeteiligung mit der PDS einbezieht. Andererseits ist dieses Ergebnis vor dem Hintergrund der über Jahre hinweg negativen Bewertung der PDS in der SPD-WählerInnenschaft ein erstaunlicher Fortschritt. Dieser Fortschritt könnte möglicherweise bare Wählermünze werden, wenn wir die höhere Flexibilität der SPD-Klientel bei der Wahl anderer Parteien einbeziehen. In eine intensivere Betrachtung dieses Zusammenhangs sollten die Erfahrungen der 2002er Landtagswahl in Sachsen-Anhalt einbezogen werden, bei der sich zeigte, dass es der PDS durchaus gelingen kann, in einer faktischen Koalitionssituation sich vom Niedergang des Koalitionspartners abzukoppeln – leider wird diese Sichtweise viel zu wenig in der PDS reflektiert.

#### **4. Soziale Gerechtigkeitspolitik, kulturelle Modernisierung, ökonomische Stabilität**

Der PDS wird gemeinhin eine große Kompetenz bei der Thematisierung "sozialer Gerechtigkeit" zugeschrieben. Die Überwindung der 5-Prozent-Hürde im Bundestagswahlkampf 1998 gelang zum einen, weil die PDS sich eindeutig zum Politikwechsel bekannte und angeboten hatte einen Kanzler Schröder mitzuwählen, zum anderen aber auch weil sie mit dem Thema „Soziale Gerechtigkeit“ ein von den anderen Parteien vernachlässigtes Politikfeld glaubwürdig ansprach. Damit verbunden ist eine normative Erwartung der WählerInnen an die PDS, sich im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Dabei wird kein Unterschied gemacht, ob sich die Partei in Opposition oder in der Regierung befindet.

Um daraus jedoch inhaltliche Schlussfolgerungen für die politische Arbeit zu ziehen, ist zu klären, worin „sozial gerechte Politik“ ihren Ausdruck findet. Gemeinhin wird „soziale Gerechtigkeitspolitik“ als Verteilungspolitik einerseits sowie als interventionsbereite und –fähige Sozialstaatspolitik andererseits verstanden. Diese Politik steht mit der Agenda 2010 unter enormen Druck. Mit dem ‚aktivierenden Sozialstaat‘ wird umgesetzt, was die Theoretiker des sozialdemokratischen „Dritten Weges“ im Schröder/Blair-Papier im Juni 1999 als ein von sozioökonomischen Bedingungen abstrahierendes Gleichheitsverständnis postulierten: Benötigt würde künftig Gleichheit beim Start, nicht im Ergebnis - eine Politik der zweiten Chance. Die Sozialdemokratie solle sich nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit beschränken, weil eine Ausweitung der Sozialhaushalte nicht zu erwarten und im übrigen nicht erstrebenswert sei - deshalb sei künftig die Herstellung von ‚Chancengerechtigkeit‘ anzustreben (Butterwegge 2003).

Dieser seit geraumer Zeit stattfindende Diskurs über den Wandel von der Verteilungsgerechtigkeit zur ‚Teilhabe- bzw. Beteiligungsgerechtigkeit‘ hat hegemoniale Züge und insofern bereits Wirkungen auf der gesellschaftlichen Bewusstseinssebene hinterlassen. Eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Auftrag gegebene aber unveröffentlichte Umfrage unter Gewerkschaftsfunktionären brachte zutage, dass 60% der Befragten die Agenda 2010 für notwendig bzw. alternativlos halten. Davon abgesehen, dass dies die zögerliche Haltung in den Gewerkschaften in dieser Frage erklärbarer macht, können daraus zwei Schlussfolgerungen abgeleitet werden:

- 1) Es wäre möglich, dass ein relevanter Teil der Bürgerinnen und Bürger sich eine Partei, die sich für ‚soziale Gerechtigkeit‘ einsetzt wünscht bzw. diese für notwendig hält, ohne dass diese Partei ihre Vorstellungen von Umverteilung wirklich umsetzen soll. Die Debatte über die Kita-Beitragserhöhungen in Berlin könnte möglicherweise ein Indikator für eine solche Debatte sein.
- 2) Eine als sozialstaatsorientierte agierende Gerechtigkeitspolitik wird – gerade vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft und rasant veränderten Verhältnissen (Globalisierung) für notwendig erachtet. Allein mit diesem Thema wird es jedoch keiner Partei gelingen, hinreichend WählerInnenstimmen zu maximieren. Dazu ist es gleichsam notwendig, glaubhafte Kompetenz für die Belebung der wirtschaftlichen Situation, die Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen und möglicherweise nicht zuletzt auch die Sicherung der Staatsfinanzen nachweisen zu können. Um mehrheitsfähig zu sein, muss eine Partei der sozialen Gerechtigkeit demzufolge auch zugleich eine Partei der ökonomischen und finanziellen Kompetenz sein.

Wirft man einen Blick auf die forsa-Umfrage vom August 2003 so scheint sich die zweite Annahme zu bestätigen. Themen der sozialen Gerechtigkeit, zu denen „Soziale Probleme“ ebenso wie die Bildungsaneignung gehören rangieren neben der Wirtschafts- und Arbeitsmarkt- sowie der Haushalts- und Finanzpolitik auf den Spitzenplätzen. Und zwar sowohl bei



den befragten BerlinerInnen insgesamt, wie auch mit deutlich stärkeren Prioritäten bei den AnhängerInnen der Grünen (Tab. 10 und 11).

**Tab. 10 Rangliste der politisch bedeutsamen Themen**

Berlin insgesamt			AnhängerInnen der Grünen		
Platz	Thema	%	Platz	Thema	%
1	Bildungs- und Schulpolitik	19	1	Bildungs- und Schulpolitik	30
	Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik		2	Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	29
2	Soziale Probleme	16	3	Soziale Probleme	16
3	Umweltschutz	15	4	Haushalts- und Finanzpolitik	15
4	Haushalts- und Finanzpolitik	12	5	Verkehrsfragen	13
5	Verkehrsfragen	7	6	Umweltschutz	10
6	Innen- und Justizpolitik	5	7	Kulturpolitik und Kunst	9
	Jugendpolitik		8	Familienpolitik	6
7	Familienpolitik	4	9	Innen- und Justizpolitik	5
	Kulturpolitik und Kunst		10	Jugendpolitik	4
8	Stadtentwicklung	3	11	Tierschutz	3
	Gesundheitspolitik	2	12	Abbau von Bürokratie	
9	Abbau von Bürokratie		12	Stadtentwicklung	2
	Sauberkeit in der Stadt			Gesundheitspolitik	
	Ausländerpolitik	1	13	Sauberkeit in der Stadt	1
10	Tierschutz			Ausländerpolitik	
	Kiezprojekte		14	Kiezprojekte	0
11	Ernährungsfragen	0		Ernährungsfragen	

Joachim Raschke analysiert in einem Beitrag über die Bundestagswahl 2003, dass die Wähler im September 2002 gespalten waren. „Es gab eine kulturelle und eine Gerechtigkeits-Mehrheit, die in Richtung Rot-Grün wiesen, eine ökonomische Mehrheit, die Schwarz-Gelb favorisierte. Die Brutalität des Wahlmechanismus zwang zur Entscheidung zwischen diesen Orientierungen. Tatsächlich gibt es aber gemeinsame Schnittmengen, die durch diese drei Mehrheiten mit unterschiedlichen Trägergruppen hindurchgehen. In der Wählermehrheit vom 22. September waren viele Wähler, die eine Verbindung von kultureller Modernität, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Dynamik wollten. (...) Bei ihnen kann am ehesten ein Verständnis für bewegliche Gleichgewichte zwischen diesen drei Polen vorausgesetzt werden. (...) Wer mit und für alle drei Mehrheiten regiert, hat längerfristig Erfolgschancen.“ (Raschke, 2003: 19).

**Tab. 11 Bedeutung einer soliden Haushaltspolitik (in %)**

	Dass in der Stadt eine solide Haushalts- und Finanzpolitik betrieben wird, halten für		
	Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig*
Insgesamt	81	16	2
Ost-Teil	80	17	2
West-Teil	81	16	2
Anhänger der			
Grünen	82	16	2
SPD	81	18	1
PDS	85	14	0
CDU	86	10	1
FDP	79	20	0

\*An 100% fehlende Angaben= "weiß nicht"

#### 4.1. Kulturelle Mehrheit

Eine kulturelle Mehrheit zu erreichen setzt voraus, Fragen von gesellschaftlicher Offenheit, Toleranz, zivilgesellschaftlicher Entwicklung zu thematisieren. Angesprochen werden dadurch diejenigen Teile der Wählerschaft, die sich als „Postmaterialisten“ verstehen. Raschke weist darauf hin, dass der Postmaterialismus „seit den 90er Jahren bestenfalls ein Fünftel der Wählerschaft (umfasste). Er war im Osten von vornherein schwach, hat sich im Westen abgeschwächt und stärker mit materialistischen Wertorientierungen gemischt. Er bildete also nur eine Kerngruppe des Wertewandels (...). Der Postmaterialismus gewinnt durch den Prozess der Generationenabfolge an Boden. Die Mehrheit kultureller Modernität ist auch deshalb nicht gesichert, weil die rechtspopulistischen Potenziale bleiben (...). Ob diese Potenziale realisiert werden, hängt mehr von der politischen Konstellation als von der kulturellen Verfassung der Republik ab.“ (Raschke, 2003: 21). In Tab. 12 ist, basierend auf der forsa-Umfrage, ablesbar, wie die Wertorientierungen in Berlin gestreut sind.

Erstaunlich ist das PDS-Ergebnis. In der PDS-Anhängerschaft, die in der Regel als überaltert präsentiert wird. Angenommen werden könnte deshalb, dass die Wertorientierung sich ungefähr im Umfeld der 60-Jährigen befinden bzw. eher dort anzusiedeln sind. Es zeigt sich jedoch statt dessen, dass die AnhängerInnen der Freien Demokraten und der PDS übereinstimmende Wertorientierungen aufweisen. Die PDS-AnhängerInnen sind deutlich postmaterialistischer als die AnhängerInnen der SPD und mehr noch als die Gesamtheit der befragten Ost-BerlinerInnen.

Tab. 12 Wertorientierungen in Berlin (in %)

	„Materialisten“	Misch-Typ	„Post-Materialisten“
Insgesamt	16	51	33
Ost-Teil	13	53	34
West-Teil	17	50	33
Männer	15	54	31
Frauen	16	50	34
18-29-Jährige	10	42	48
30-44-Jährige	10	54	36
45-59-Jährige	15	53	32
60 Jahre und älter	30	55	15
Arbeiter	11	71	18
Angestellte	13	53	34
Beamte	9	52	39
Selbständige	23	25	52
Hauptschule	27	59	14
Mittlerer Abschluss	16	58	26
Abitur, Studium	15	45	40
Anhänger der			
Grünen	7	30	63
SPD	15	55	30
<b>PDS</b>	<b>14</b>	<b>45</b>	<b>41</b>
CDU	23	58	19
FDP	13	46	41

Ist daraus jedoch in relevantem Maße Stimmenmaximierung in Berlin zu realisieren?! Ich halte dies für eher unwahrscheinlich. Die Berliner CDU ist in Form ihres mittlerweile amtierenden Spitzenpersonals auf dem Wege zu einer liberalen Hauptstadtpartei. Polarisierungen wie sie im Abgeordnetenhauswahlkampf anhand der rassistischen Ausfälle von Frank Steffel aus dessen Jugendzeit möglich waren, wird es künftig weniger geben. Auch die Berliner CDU spricht sich – klientelbedingt – für ein urbanes Rollenbild aus und hat ihre Familienpolitik aber auch z.T. ihre Migrationspolitik entsprechend angepasst. Die Frage der „Inneren Sicherheit“ wird weiterhin ein entscheidendes Konfliktfeld bleiben, in diesem Kontext auch die

Migrationspolitik. Ein „Kulturkampf“ Rechtspopulismus vs. Linksliberalität ist nicht zu erwarten.

## **4.2. Soziale Gerechtigkeits- und ökonomische Mehrheit**

Soziale Gerechtigkeit bleibt ein starkes, mehrheitliches Motiv in Deutschland. Raschke weist darauf, dass wenn man im Vorfeld der 2002er Bundestagswahl fragte, „wer am ehesten ‚für soziale Gerechtigkeit sorgt‘, nannten ca. 60% die Parteien links von der Mitte, nur ca. 30% Schwarz-Gelb“ (Raschke, 2003: 19).

Es ist am Beginn dieses Kapitels bereits auf die Schwierigkeiten der herrschenden Debatte um die Verringerung in der Verteilung von Gütern eingegangen worden. Denn das normative Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit wird in Kollision zum Prinzip der Leistungs- bzw. Marktgerechtigkeit gesetzt.

Die bürgerliche Gesellschaft geht grundsätzlich von der Gleichheit ihrer Mitglieder aus und bezieht daraus ihre wesentliche Legitimation. Sie steckt allerdings zugleich in dem Dilemma, dass sie schon allein aufgrund ihrer ökonomischen Verfasstheit nicht in der Lage ist, dieses Versprechen auch materiell einzulösen – im Gegenteil, es gibt einen Bedarf an Ungleichheit. Um dieses Problem scheinbar aufzulösen, nimmt sie ihr Versprechen zurück und ersetzt es durch das Versprechen der Chancengleichheit. Dazu stehen ihr zwei Modelle zur Verteilung von Sozialchancen offen:

### **1. Das Modell liberaler Ausgrenzung**

Durch die Ausgrenzung einer vorstaatlichen Handlungssphäre werden dem Einzelnen prinzipiell unbegrenzte Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet. Demgegenüber ist die Befugnis des Staates zu Eingriffen in diese Sphäre weitgehend begrenzt; er bleibt auf die Funktion allgemeiner Ordnungsgarantien beschränkt.

Regulativ zur Verteilung von Sozialchancen ist in diesem Modell der Markt. Die Chancengleichheit in diesem Modell ist reduziert auf den Zugang zu diesem Markt, auf dem sich schlicht der Stärkere durchsetzt und der einseitig auf die Bedürfnisse des Besitzbürgertums zugeschnitten ist.

Bei diesem Modell treten jedoch Fehler auf, denn die Verteilungsungerechtigkeiten sind zu offensichtlich und der konsequente Ausschluss großer Teile der Bevölkerung wirkt sich letztlich wachstumshemmend aus. Das wird die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes durch den Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften in Frage gestellt, was unerwünscht ist.

### **2. Das Modell sozialer Integration**

Statt allein auf sozialdarwinistische Mechanismen zu setzen, wird die pazifizierende Verteilung von Sozialchancen zum Zweck staatlichen Handelns. Natürlich steht aber auch dieses Modell vor dem Dilemma des Bedarfs an sozialer Ungleichheit. Angesichts des Postulats der gleichen Verteilung von Sozialchancen durch den Staat wird der Legitimationsdruck faktisch erhöht. Die passende Ersatzprogrammatur, um diesem Dilemma zu entgehen, bietet die Verbindung des bürgerlichen Leistungsprinzips mit der Garantie von Wohlfahrtsminima. In diesem Modell erscheint soziale Ungleichheit solange legitim, wie sie als Resultat unterschiedlicher individueller Leistungsfähigkeit darstellbar ist. Nehmen die Verteilungsungerechtigkeiten wie in der aktuellen Situation zu, so muss die bürgerliche Gesellschaft darauf modellgerecht durch den verstärkten Rückgriff auf das Regulativ >Markt< zur Verteilung von Sozialchancen zurückgreifen. Ideologisch flankiert wird diese Strategie mittels einer künstlich forcierten Leistungsdebatte, die im „Freizeitpark Deutschland“ für Disziplin sorgen soll, sowie durch eine in hohem Maße bedenkliche und gefährliche Biologisierung sozialer Ungleichheiten.

Für dieses Verständnis ist Friedrich August von Hayek prototypisch, der über „Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit“ ausführte:

*„Was ich hoffe klargemacht zu haben ist, daß das Schlagwort ‚soziale Gerechtigkeit‘ keineswegs, wie die meisten Leute wahrscheinlich empfinden, ein unschuldiger Ausdruck guten*

*Willens gegenüber den weniger Glücklichen ist, sondern daß es zu einem unredlichen Mittel geworden ist, einem zu verstehen zu geben, man solle der Forderungen irgendeines Sonderinteresses, für das gar keine wirklichen Gründe sprechen, nachgeben. Wenn die politische Diskussion redlich werden soll, ist es notwendig, daß die Leute erkennen, daß der Ausdruck intellektuell anrüchig ist, ein Kennzeichen der Demagogie oder des billigen Journalismus, den zu benutzen verantwortliche Denker sich schämen sollten, weil sein Gebrauch, sobald die Leerheit dieses Ausdrucks erkannt ist, unredlich ist. Vielleicht bin ich im Gefolge langer Anstrengungen, die destruktive Wirkung zu verfolgen, die die Anrufung der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ auf unsere moralische Sensibilität gehabt hat und weil ich immer wieder gefunden habe, daß selbst hervorragende Denker gedankenlos dieses Schlagwort verwenden, ungebührlich allergisch dagegen geworden, aber ich habe immer stärker das Gefühl, daß der größte Dienst, den ich meinen Mitmenschen noch erweisen kann, der wäre, wenn ich die Redner und Schriftsteller unter ihnen dazu bringen könnte, sich gründlich zu schämen, jemals wieder den Ausdruck ‚soziale Gerechtigkeit‘ zu benutzen.“ (Hayek, 1981: 134).*

Wenn die Annahme geteilt wird, dass wie oben dargestellt, ein subjektives Bedürfnis nach Verteilungsgerechtigkeit besteht, der dominante Diskurs jedoch in Richtung Marktgerechtigkeit verläuft, besteht für die PDS die Aufgabe darin, Verteilungsgerechtigkeit mit Kompetenz zur Lösung ökonomischer und finanzieller Probleme zu verbinden. Wie in den Tabellen 10 und 11 ablesbar, kann die PDS diese Aufgabe ruhigen Gewissens angehen, denn eine große Mehrheit der Bevölkerung scheint sie – entgegen der subjektiven Funktionärswahrnehmung auf PDS-Landesparteitagen – dabei zu unterstützen.

#### **4.3. Was die PDS-Berlin von der „Brigade Erhard“ lernen könnte**

Ein wenig Provokation muss sein: Die Brigade Erhard, auf die ich mich hier beziehe, ist nicht das semifaschistische Freikorps während des Kapp-Putsches, sondern die Pressure-group, die ab Mitte der fünfziger Jahre bis 1963 darauf hin arbeitete, Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister zu stützen und ihn kontinuierlich zum Bundeskanzler aufzubauen. Diese „Brigade Erhard“ verfügte über verschiedene „Abteilungen“, die sich in der CDU-Bundestagsfraktion, in den Wirtschaftsressorts der relevanten Zeitungen, insbesondere jedoch in Erhards Verwaltung in Form seiner beiden Staatssekretäre, dem Öffentlichkeitsreferenten und dem Abteilungsleiter Grundsatz befanden. Staatssekretär Müller-Armack kam dabei die Aufgabe des Koordinators zu.

Die Brigade Erhard schaffte es, durch den Einsatz parteilicher wie ministerieller Kompetenz eine Situation zu erzeugen, in der neben dem Generalisten und außenpolitischen Experten Adenauer die Person Erhards als gleichberechtigt wichtige Persönlichkeit, auch durch Auseinandersetzung mit Adenauer in wirtschaftspolitischen Fragen, in der Öffentlichkeit präsentiert werden konnte.

Die PDS ist in die vergangene Wahl mit einem eigenen Kandidaten für den Regierenden Bürgermeister gegangen. Die PDS in Thüringen und Sachsen haben sich dieses Modell abgeschaut. Was spricht eigentlich dagegen, dass wir mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, der Haushaltsexperte ist und zugleich Vize-Ministerpräsident auch ohne Gysi weiterhin über eine Persönlichkeit verfügen, die Wowereit Konkurrenz zu machen in der Lage ist.

Damit könnten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden:

- Die Verknüpfung von Verteilungsgerechtigkeit und ökonomischer Kompetenz sowie Haushaltswahrheit manifestiert sich in niemandem der Berliner Regierung so authentisch wie in Harald Wolf.
- Neben Sarrazin besetzt Harald Wolf nicht nur das infrastrukturell, sondern auch von der Verteilungsmasse (EFRE-, ESF-Mittel) aus betrachtet, entscheidende Ressort.

Damit müssen und können wir arbeiten, was jedoch ein anderes Verständnis der Position von Harald, der Öffentlichkeitsarbeit der Berliner PDS, des Themenmanagements und der

Organisation von Kommunikation zwischen den Senatsressorts, in der Leitung der SenWAF und mit der Fraktion voraussetzt.

Diese Überlegungen müssten weiter ausgebaut werden, was getan werden sollte, wenn die Grundüberlegung auf Interesse stößt. Dies sollte die weitere Diskussion ergeben.

#### **Literatur:**

Butterwegge, Christoph (2003), Sozialdemokraten in der neoliberalen Falle, in: Frankfurter Rundschau, 23. September.

Raschke, Joachim (2003), Zwei Lager, drei Mehrheiten und der regierende Zufall. Zur Einordnung der Bundestagswahl 2002, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 16. Jahrgang, Heft 1, S. 14-24.

Stettner, Cornelis (2003), Das strategische Konzept für den grünen Bundestagswahlkampf 2002, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 16. Jahrgang, Heft 1, S. 55-61.

von Hayek, Friedrich August (1981), Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Landsberg.